

**Der Um -  
Ab - bau der Sozialsysteme**

**1) - Die Struktur der deutschen Sozialsysteme**

Die deutschen Sozialsysteme wurden in den Umbrüchen der Industrialisierung, wesentlich in der Aera Bismarcks aufgebaut und in großen Teilen von der Arbeiterbewegung durchgesetzt. Hintergrund waren die Verelendungen von Arbeiterinnen und Arbeitern in der frühkapitalistischen Phase, die besonders in England zu fatalen Zuständen führte. Das deutsche Sozialsystem hat Weltruf erlangt, im Grundgesetz wurde das Sozialstaatsgebot unveränderlich verankert.

Grundgedanke ist die Absicherung großer, gesellschaftlicher Risiken, denen sich der Einzelne nicht entziehen kann, auf einer solidarischen Basis. Es entstand ein Pflicht - Versicherungssystem mit vier Hauptsäulen. Darunter ist das letzte Netz der Sozialhilfe gespannt, das alle Einzelfälle, die durch die vorgeschalteten Systeme durch rutschen, vor Not, Armut und Ausgrenzung schützen soll.

Gesetzl. Rentenversicherung – Schutz im Alter

Gesetzl. Krankenversicherung – Schutz bei Krankheit

Gesetzl. Arbeitslosenversicherung – Schutz bei Arbeitslosigkeit

Gesetzl. Unfallversicherung – Schutz bei Arbeitsunfällen



Bei den Versicherungen zahlen alle Beschäftigten Pflichtbeiträge in einen Topf, gleichermaßen der Arbeitgeber, die Unfallversicherung wird vom Arbeitgeber alleine getragen. Die Beiträge erfolgen einkommensabhängig und risikounabhängig, jedoch endet die Versicherungspflicht bei einer bestimmten Einkommenshöhe, der sog. Beitragsbemessungsgrenze.

Bedürftigkeitsleistungen wie Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe sind steuerfinanziert und werden nur gewährt, wenn kein ausreichendes Einkommen und Vermögen besteht.

Zu diesen vier Säulen kamen in der Vergangenheit noch weitere, kleinere Leistungssysteme hinzu, wie z.B. die gesetzliche Pflegeversicherung, die Grundsicherung im Alter u.a.m.

Das System hat sich bestens bewährt, die stabile gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung wäre ohne diese Sicherungssysteme nicht denkbar gewesen. Sie

<i>verhindern abrupte + tiefe Einbrüche im Lebensstandard b. Eintritt eines Risikos</i>	<i>sozpolitische. Funktion</i>
<i>stützen den sozialen Frieden</i>	<i>gesellschpolitische Funktion</i>
<i>schützen stärker Gefährdete (z.B. verschiedene Unfall-, Gesundheits-, Arbeitslosigkeits – Risiken) im solidarischen Zusammenhalt aller</i>	<i>verteilungspolitische Funktion</i>
<i>sichern die Kaufkraft auch in konjunkturellen Krisen</i>	<i>konjunkturpol. Funktion</i>
<i>sichern Gesundheit und schützen vor Berufsunfällen</i>	<i>gesundheitspol. Funktion</i>
<i>erhalten die Qualifikation und schützen vor unterwertiger Beschäftigung</i>	<i>arbeitsmarktpol. Fktion</i>
<i>entlasten Regionen und Kommunen, die besonders von Strukturkrisen betroffen sind</i>	<i>regionalpol. Ausgleichsfunktion</i>

- u.a.m.

## I b) - Finanzierungskrise der Sozialsysteme

Eine Krise in der Finanzierung der Sozialsysteme entstand mit der Massenarbeitslosigkeit, denn ihre Beiträge sind wesentlich an die Löhne gekoppelt. Ihre Finanzierung beruhte stets auf der Annahme überwiegender Erwerbstätigkeit. Mit dem gravierenden Rückgang des Gesamtlohnaufkommens und erhöhter Kosten für Arbeitslose stiegen Defizite und Beitragsätze. Bei dieser Entwicklung fiel auch zunehmend ins Gewicht, dass nur die zurückgehenden Reallöhne, nicht aber andere steigende Einkunftsarten wie Kapitalerträge und Unternehmensgewinne an der Finanzierung beteiligt waren. Mit den Beitragsbemessungsgrenzen entzogen sich immer mehr Einkommensstarke mit dem Ausstieg in günstige Privatsysteme der Beitragspflicht. Die hohen Kosten der Einheit wurden mit milliardenschweren Griffen in die Rentenkassen – und damit mit den Beiträgen der Schwächeren – finanziert. In dieser Fixierung auf ein rückläufiges Gesamtlohnaufkommen blieb auch die aufstrebende Produktivitätsentwicklung außen vor, die einen Ausgleich zum negativen demografischen Faktor mit steigender Lebenserwartung und zurückgehender Geburtenrate leisten könnte.

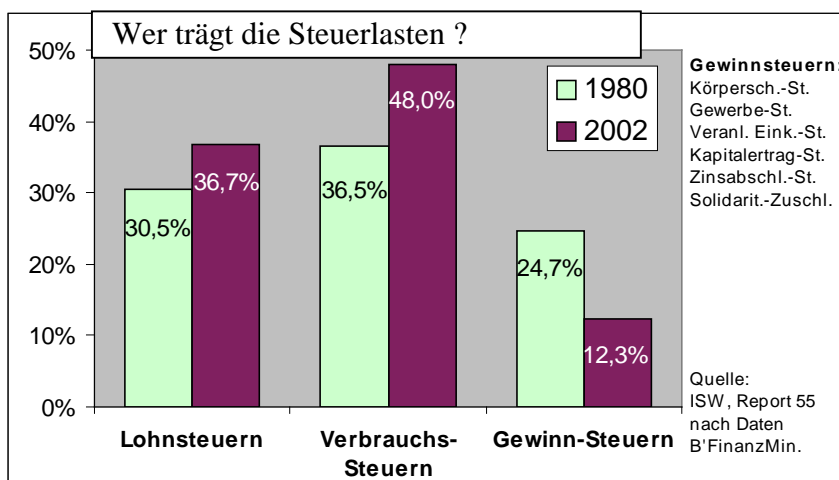
Höhere Beitragssätze erhöhen bei einer lohngekoppelten Finanzierung die Lohnnebenkosten. Zwar ist der Lohnanteil in der Industrie nur noch mit einem verschwindenden Anteil von 5 - 30% am Produktpreis beteiligt, Lohnnebenkosten wirken sich hier also – z.B. im Vergleich zu Währungsschwankungen – nur wenig aus. In den arbeitsintensiven Bereichen von Dienstleistung und Handwerk schlagen sich diese Belastungen jedoch wesentlich nachteiliger nieder.

Wesentlich unberührt blieben hier Sozialsysteme anderer Länder, die nicht lohnkosten- sondern steuerfinanziert waren. Klassisches Beispiel sind hier die skandinavischen Länder, die bis heute hohen Sozialstandard mit gutem Wirtschaftswachstum in Einklang bringen. Bei den Steuern tragen nämlich alle Einkunftsarten bis hin zu Unternehmensgewinnen, Kapitalerträgen, Erbschaften, Börsengewinnen und alle hohen Einkommen die Soziallasten mit. Eine Reform der Sozialsysteme in Richtung dieser neuen Finanzierungsbasis wäre also durchaus eine aussichtsreiche Alternative. Dies aber läuft gegen den Mainstream der marktradikalen Neoklassik, die solche Einkunftsarten noch weiter entlasten will, nach dem Motto 'wenn es der Deutschen Bank gut geht, geht es den Deutschen gut'.

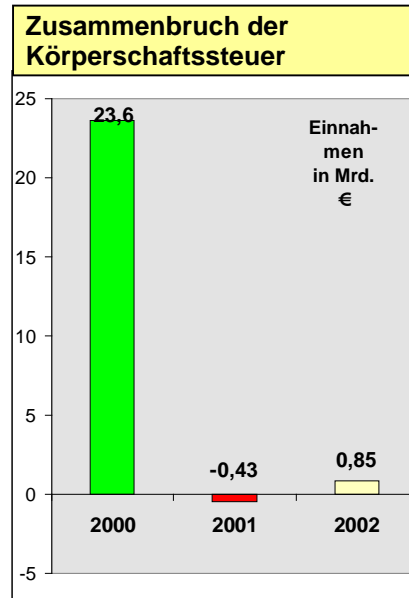
## II) - Der soziale Umbau vor 2003

Sozialleistungen sind immer ein Instrument gesellschaftlicher Umverteilung, weil sie die vor großen gesellschaftlichen Risiken schützen, die sich aus eigener Kraft nicht schützen können. Ein Millionär braucht weder Renten- noch Kranken- oder Arbeitslosenversicherung, um so mehr aber die Krankenschwester, der kleine Angestellte oder der Kellner.

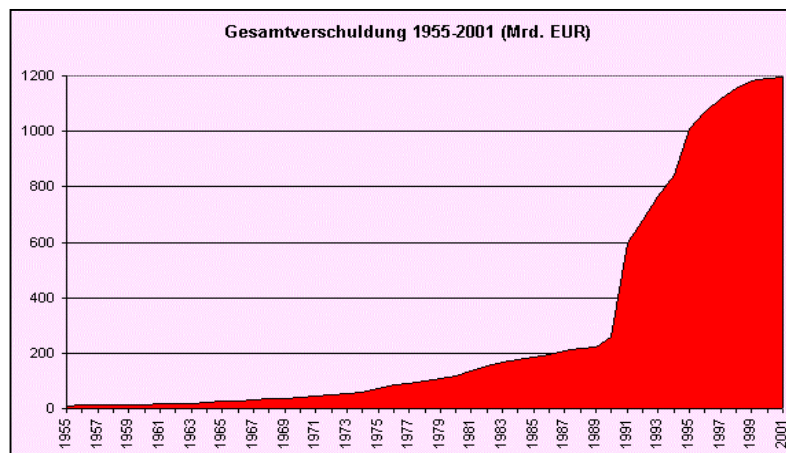
Der soziale Umbau geht hier bis in die Anfänge der 80er Jahre zurück. Grundlage des neuen monetaristischen Denkens mit massiven sozialen Einschnitten war 1982 das "Lambsdorff-Tietmeyer-Papier", über das Helmut Schmidt stürzte und das von Helmut Kohl zielstrebig aufgegriffen wurde. Es führte zu einer enormen Entlastung hoher Einkommen und Gewinne. "Arbeitnehmer sind bei Steuern die Dummen" stellt der Finanzwissenschaftler Prof. L. Jarass am 3.6.02 in einem Focus-Beitrag fest. Das Steueraufkommen wird immer mehr aus ihren Lohn- und Verbrauchssteuern finanziert.



Mit der **Unternehmenssteuerreform 2000** kam es zu einem völligen Zusammenbruch der Körperschaftssteuer, der Gewinnsteuer der Kapitalgesellschaften und Konzerne. Sie brach 2001 um 24 Milliarden € oder 10% des Bundeshaushalts ein. Die Reform führte in der Folge auch zu einem Zusammenbruch der Gewerbesteuer und zu massenhaft verarmten Städten und Gemeinden. Das Thema von immer neuen Steuerlöchern lief wie ein rotes Band durch immer neue Nachrichten und Schlagzeilen.



Mit den Kosten der deutschen Einheit und den immer neuen Steuerausfällen explodierte die **Staatsverschuldung** auf aktuell 1,325 Billionen €.



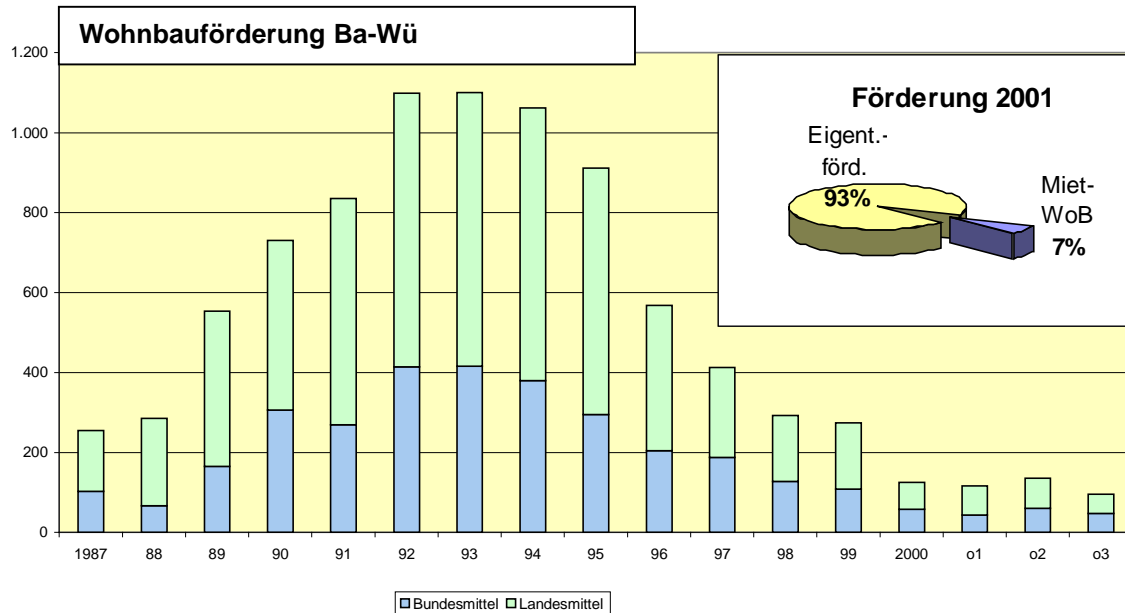
Die Kehrseite der verarmenden öffentlichen Kassen findet sich im **privaten Vermögen**. Mit steilen Zuwachsraten erreichte es im Jahr 2000 insgesamt 7,7 Billionen €, davon entfielen 2,15 Billionen € auf das Nettogeldvermögen der Bundesbürger.

Dieses verteilt sich auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten extrem ungleich. Dabei vergrößert sich die Kluft zwischen arm und reich in hohem Tempo. In nur 10 Jahren hat sich der Vermögensanteil der unteren Bevölkerungshälfte fast halbiert, das untere Viertel der Bevölkerung ist jetzt verschuldet.

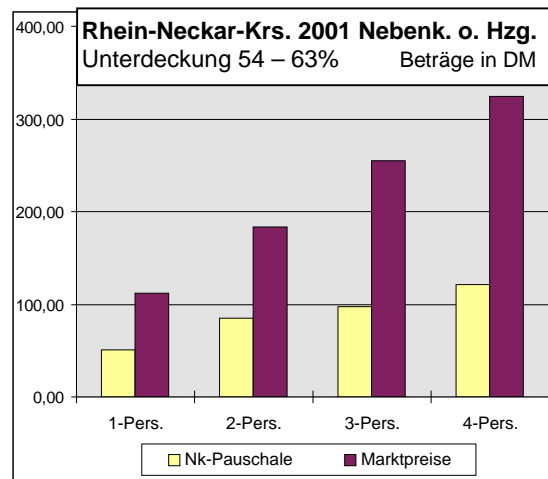
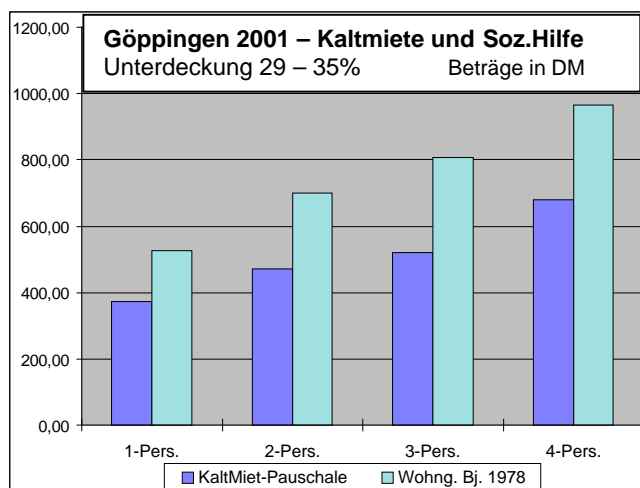
<b>Verteilung d. Nettogeldvermögens westdt. Privathaushalte</b>		
	<b>1998</b>	<b>1988</b>
Unteres Viertel	-1,4%	1,1%
Untere Hälfte	4,8%	9,2%
Oberes Zehntel	49,7%	42,8%

Quelle: Sachverständigenrat 2000, Tab. 67, S. 267

Seit Anfang der 90er-Jahre wurden, meist abseits der öffentlichen Aufmerksamkeit, eine Fülle von Leistungen zurück gefahren, die der sozialen Absicherung der Bevölkerung dienten. Ein Beispiel hierfür sind die **Wohnbaufördermittel**, die mit Sozialwohnungen einen wesentlichen Beitrag zur Wohnraumversorgung sozial Schwacher leisten. In Ba-Wü wurden diese auf einen Stumpf mit weniger als 10% gegenüber dem Stand von 1992 reduziert. Von diesem minimalen Rest entfielen dann 93% auf die Eigentumsförderung von Wohnungskäufern und nur noch 7% auf den sozialen Wohnungsbau.



Auch die Leistungen der **Sozialhilfe** als unterstes Netz der Existenzsicherung sind seit 1993 immer mehr zurück geblieben. Die sogenannten Regelsätze wurden seit diesem Zeitpunkt fiskalisch "gedeckt", d.h., nicht mehr an der Kostenentwicklung angepasst. Nach Schätzung von Fachleuten liegen sie heute 10 – 20% unter dem notwendigen Betrag. Auch die sogenannten "Mietobergrenzen" in der Sozialhilfe liegen inzwischen in vielen Kreisen weit unterhalb der marktüblichen Mieten und schützen immer weniger vor Wohnungsverlust. Ein Sozialhilfeempfänger darf nämlich nur eine Wohnung unterhalb dieser Grenzen beziehen oder bewohnen. Wenn die Grenzen aber zu tief liegen, findet er zu diesem Betrag keine Wohnung mehr. Besonders verschärft wurde diese Problematik mit den "Modellversuchen zur Pauschalierung der Sozialhilfe" ab 2000. Mit einem festen Betrag, unabhängig der mietvertraglichen Verpflichtung gelten Miete, Heiz- und Nebenkosten damit als "abgegolten". Hierfür 2 Beispiele:



Weitere Einschnitte gab es in dieser Zeit u.a. bei der **Arbeitslosenhilfe** mit Änderungen der Bemessungsgrundlage und der Zumutbarkeit und bei der "Frührente" (**Erwerbsunfähigkeitsrente**). Erweitert wurde die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, was allerdings zu einem massiven Mißbrauch durch die Betriebe bei der Ausmusterung älterer Arbeitnehmer auf Staatskosten führte.

### III) - Der soziale Umbau in der Agenda 2010

**Der Ablauf:** Im März 2000 beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU, "die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt" zu machen. Verabschiedet wird die "Agenda für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung Europas" mit dem Zielpunkt 2010. 2002 verabschieden die EU-Staats- und Regierungschefs in Sevilla ein Programm, das "Maßnahmen zur Erhöhung des Renteneintrittsalters" und zu weitgehenden Kürzungen bei den Sozialleistungen ihrer Mitgliedsstaaten vorsehen.

Am 14. März 2003 verkündet Bundeskanzler Schröder dann für Deutschland die "Agenda 2010", die am 3. Juli beschlossen wird.

Wie in einer Vielzahl europäischer Staaten (Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich) folgt sie dem Muster von

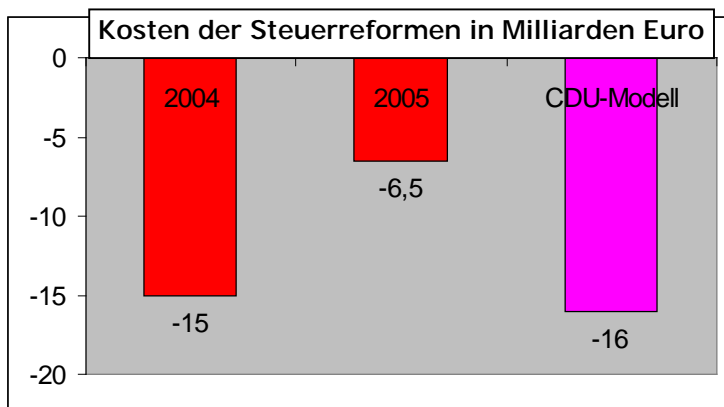
- ◆ drastischen Leistungskürzungen und Entrechtungen bei Arbeitslosen
- ◆ Senkung der Rentenleistungen bzw. Erhöhung des Rentenalters
- ◆ massiven Kürzungen un der Krankenversicherung
- ◆ Einstieg in die Privatisierung der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung
- ◆ Aushöhlung des Kündigungsschutzes und der Tarifautonomie
- ◆ Durchsetzung von Billiglöhnen
- ◆ Absenkung der Gewinn- und Einkommenssteuern

Eine grundlegende These scheint dabei zu sein, dass mehr Ungleichheit zu mehr Wachstum führt (so z.B. Wolfgang Wiegand, Vorsitzender der Fünf Wirtschaftsweisen). Die bislang erreichte Ungleichheit ist jedoch jetzt schon eklatant (s. S. 3 unten).

**Die Umsetzung:** Im Zuge dieser Neuausrichtung kommt es nun zu einem umfassenden Um- und Abbau der Sozialleistungssysteme, deren Reform überwiegend von Sachverständigen- und Beratergremien erarbeitet werden. Die parlamentarische Entscheidung wird zurückgedrängt, weil die Expertenberichte häufig mit der Ankündigung vorgelegt werden, diese seien 1 : 1 umzusetzen. Abgeordnete kommen zunehmend in die Konfliktsituation, den Fraktionsvorgaben zuzustimmen oder in eine Verräterrolle zu rutschen. Die Reformen tragen deshalb auch zumeist den Namen des Chefexperten, wie Riester-, Hartz-, Rürupp-, Herzog-, Kirchhoff-Reform. Die Mitsprachemöglichkeiten der freien Wohlfahrtsverbände und anderer fachkundiger Zusammenschlüsse reduziert sich bei diesen 1 : 1 – Vorgaben natürlich enorm.

#### IIIa) - Die Steuerreformen 2004 ff.

Sozialpolitik basiert stets auf Umverteilung von oben nach unten. Mit dem Reformziel, Anreize für das Kapital zu schaffen, wird diese Umverteilung umgedreht. Es kommt zu einer steuerlichen Entlastung der Gewinn- und Einkommenssteuern. Bei letzteren werden insbesondere die Spitzensteuersätze der Besserverdienenden entlastet. Mit der vorgezogenen Steuerreform in 2004 wird eine 3-köpfige Familie mit 20.000 € Jahreseinkommen um 160 € entlastet. Ein Single mit 100.000 € Jahresbrutto wird um 4.728 € jährlich entlastet. Ein Jahreseinkommen mit 1 Million € wird bis 2005 mit 64.000 € mehr belohnt. Die gewaltigen Steuerlöcher, die damit entstehen, führen notgedrungen zu neuen Finanzierungsproblemen bei den Sozialsystemen, die mit der hohen Arbeitslosigkeit schon besonders belastet sind. Hier kommt es direkt zu dem von Bloch zitierten Zusammenhang: "Wenn es nicht mehr für alle reicht, springen die Armen ein", denn einen armen Staat können sich nur Reiche leisten.



Steuerausfall bei Umsetzung aller drei Reformen: 37,5 Milliarden Euro

z.Vgl.: Bundeshaushalt ca. 250 Mrd. €

### III b) - Die Hartz-Reformen I – IV

Ehrgeiziges Ziel dieser Reform ist (war) eine Halbierung der Arbeitslosigkeit bis 2005. Der strukturellen Krise des Arbeitsmarktes mit ständig steigenden Arbeitslosenzahlen soll mit verstärkten Anreizen für Arbeitslose und effizienterer aktiver Arbeitsmarktpolitik begegnet werden. Den fehlenden Arbeitsplätzen wird eine verbesserte Vermittlung entgegen gesetzt. "Anreize" erfolgen insbesondere durch Leistungseinschnitte, Ausbau von Leiharbeit mit abgesenktem Lohnniveau, Minijobs und Wegfall des Qualifikations- und Tarifschutzes. Miniaturunternehmer auf der Basis von "Ich-AG's" sollen in großer Zahl entstehen. Mit dem Prinzip „Fördern und Fordern“ soll Eigenaktivität anstelle eines unterstellten komfortablen Bezugs von Sozialleistungen gefordert werden.

Die **Leistungskürzungen** belaufen sich auf knapp 10 Milliarden Euro, jeweils ca. ein Drittel entfällt dabei auf die Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, auf die verschärfte Anrechnung von Vermögen und Partnereinkommen, und auf die "Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe". Letztere schafft die Arbeitslosenhilfe ab und senkt die Unterstützung teilweise unter Sozialhilfeniveau. Nachfolgend eine kleine Auswahl der "Anreize":

- ◆ Neben- und Partnereinkommen werden stärker auf die Unterstützung angerechnet als in der Sozialhilfe
- ◆ die Bezugsdauer der Versicherungsleistung Arbeitslosengeld wird von bislang 12 – 32 Monate auf 12 Monate, bei über 55-jährigen auf 18 Monate verkürzt
- ◆ der Kündigungsschutz von über 50-jährigen wird abgeschafft, befristete Arbeitsverhältnisse können ohne Begründung ständig neu vereinbart werden
- ◆ mit dem neuen "Arbeitslosengeld II" für Langzeitarbeitslose nach Ablauf des Arbeitslosengelds I wird eine armutspolitisch höchst prekäre neue Sozialleistung geschaffen, die nicht mehr armutsfest ist, die Mitwirkungsrechte der Arbeitslosen weitgehend abschafft und jedwede Arbeit – auch ohne Lohn – durch scharfe Sanktionen erzwingen kann.

*In einem Landkreis der einen besonders rigiden Versuch mit pauschalierter Sozialhilfe durchführt, begleite ich ein Ehepaar, dessen Situation heute schon eine **Vorausschau auf das neue Arbeitslosengeld II ab Januar 2005** ist. Als jetzt 58-jähriger Zimmermeister erhielt der Mann vor 3 Jahren für seinen Betrieb eine mit Holzschutzmittel verseuchte Holzlieferung. Es bestand dafür keine Versicherung und ein Schadenersatzprozess kostete Haus und Hof. Die Bank pfändete das Wohnhaus und wegen fehlender Arbeitslosenversicherung als Selbständiger rutschte das Ehepaar direkt in die Sozialhilfe. Die Miete wird vom Sozialamt mit einer "Pauschale" abgegolten. Sie deckt die Mietforderung der Bank gerade mal mit zwei Dritteln. Die inzwischen aufgelaufenen Rückstände bedrohen das Ehepaar mit Obdachlosigkeit, denn eine andere Wohnung mit einer Miete in Höhe der dürftigen Pauschale ist bislang nicht zu finden.*

*Da das Sozialamt keine Chancen für eine andere Arbeitsstelle sieht, wurde dem Zimmermeister gemeinnützige Arbeit auferlegt. Für 1,50 € Prämie pro Stunde muss er jetzt die Fußgängerzone kehren. Wohlgermerkt ein hochqualifizierter Zimmermann, der sein Leben lang einen gut gehenden Betrieb geführt hat. Am meisten leidet er in der Kleinstadt unter manch höhnischem Blick ehemaliger Kunden.*

Dieser Fall zeigt die Probleme nicht armutsfester Sozialleistungen und fehlenden Qualifikations-schutzes auf. Auch in diesem Jahr werden nach den Prognosen über 100.000 Stellen bei den Banken wegbrechen. Es sind hochqualifizierte Mitarbeiter, doch bei Hartz IV reicht es aus, diesen einen Job als Hilfskellner zu vermitteln. Schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose befürchten, in unentlohnter Pflichtarbeit nach obigem Muster "vergessen zu werden".

**Fazit:** Diese Reform wird massenhaft Armut erzeugen. Sie wird einen Rutsch im gesamten Lohngefüge auslösen. Deutsche Wertarbeit wird zu deutscher Billigarbeit. Anstelle der Arbeitslosigkeit werden nun die Arbeitslosen bekämpft. Es fehlt bei uns aber nicht am Druck, bei uns fehlen Arbeitsplätze. Schon jetzt ist ersichtlich, dass diese in erwünschtem Maße nicht entstehen, zumal die Einsparungen durch die Leistungseinschnitte nicht für neue Arbeitsplätze verwendet werden. Selbst der baden-württembergische Wirtschaftsminister Döring rechnet bis 2008 kaum mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit (Stgter Zeitung 17.3.04). Mit den armutspolitischen Folgen dieser Reform aber werden alle verlieren.

# Das neue Arbeitslosengeld II - Alg II

Die armutspolitische Brisanz

## Regelungen

- ◆ für 4,35 Millionen Arbeitslose  
darunter jetzt 1,5 Mio. Kinder  
1 Mio. ehemaliger Arbeitslosenhilfeempfänger heraus gefallen
- ◆ Leistungen deutlich schlechter als Sozialhilfe  
Bedarfsdeckung abgeschafft  
Sozialhilfeniveau insbesondere bei Kindern unterschritten
- ◆ Vollpauschalierung ohne Ausnahmen
- ◆ Leistungen nur bei Bedürftigkeit.  
Grenze f. frei verfügbares Vermögen 200 € pro Lebensjahr  
Grenze f. gebundenes Vermögen (Altersvorsorge) 200 €/Lj.
- ◆ Eine 3- oder 4-köpfige Familie kann leicht Einkommensverluste im vierstelligen Bereich erleiden.
- ◆ Sozialhilfe selbst bei unabwendbaren Notlagen verwehrt
- ◆ Kein Berufs- und Qualifikationsschutz.  
Jede Arbeit muß angenommen werden  
auch unter Tarif  
auch ohne Lohn
- ◆ Schutz der Wohnung (Mieten) massiv reduziert
- ◆ Drohende Altersarmut für Langzeitarbeitslose.  
Rentenleistung nach 10 Jahren AlgII: 45 €
- ◆ Eingliederungsvereinbarung ohne Mitwirkungsrechte muss abgeschlossen werden  
Harte Sanktionen bei Regelverstößen  
Bei Jugendlichen sofortiger Leistungsentzug
- ◆ Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege anrechenbar.  
Vorrangiges Bettelgebot bei ungedecktem Bedarf

## Bedeutung, Konflikte

5% der Bevölkerung  
Weitere Ausgrenzung

Armut  
Chronische Notlagen  
Demografischer Faktor?

Schutzlose Personenkreise

Hilfe erst bei Verarmung  
Altersarmut

Familienzerbrüche

Unterstes Netz außer Kraft

Billigarbeit statt Werarbeit?  
Lohndumping  
Verfassungsverbot von Zwangsarbeit??

Obdachlosigkeit

Altersarmut

Konflikt mit Vertragsfreiheit  
im Grundgesetz  
Kein Schutz d. Familienang  
Ausweichen in prekäre  
Lebensverhältnisse

Freie Wohlfahrtspflege wird  
zum Ausfallbürgen  
Bettel vor Bedarfsdeckung

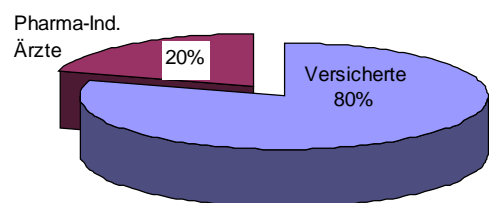
### III c) - Die Gesundheitsreform

Am System der Gesundheitsversorgung wird schon seit Jahren herum gebastelt. Eine ganze Reihe von Ministern hat sich daran schon die Zähne ausgebissen und ist an den starken Lobbykräften gescheitert. Gravierende Probleme bestehen vor allem

- in der Lohnkostenfixierung. Mit der Massenarbeitslosigkeit ist dieses Gesamtlohnaufkommen gewaltig gesunken. Höhere Beiträge belasten aber mit den Lohnnebenkosten den Faktor Arbeit zusätzlich
- in den Beitragsbemessungsgrenzen. Besserverdienende unterliegen nicht der Pflichtversicherung und können in private Versicherungen (mit besserem Leistungsniveau) aussteigen. Das Boot der Gesetzlichen muss die Last der chronisch Kranken, Arbeitslosen und sozial Schwachen alleine tragen und kommt verständlicherweise ins Schlingern
- in einer teuren Doppelstruktur von Fachärzten, die wir uns im ambulanten und stationären Bereich bei gegenseitiger Marktabschotung leisten. Die Auflösung dieser Strukturen scheitert an ständischen Interessen vor allem des Hartmannbundes.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) wurde nun ab Januar 2004 eine Lösung mit harten Leistungseinschnitten gesucht, die allerdings nicht an die vorgenannten strukturellen Probleme herangeht. Es kommt zu Kosteneinsparungen von ca. 18,5 Milliarden €, wobei 80% von den Versicherten und Kranken und nur 20% von der starken Seite der Pharmaindustrie und Ärzteschaft getragen wird.

Wer trägt die Kosten der Gesundheitsreform ?



Für die Versicherten gibt es

- zahlreiche Leistungsausschlüsse wie Fahrtkosten, Sehhilfen, Medikamente, Sterbe- und Entbindungsgeld u.a.
- erhebliche Zuzahlungen von bis zu 2% des Jahreseinkommens
- Streichung der Sozialklausel, die sozial Schwache von Zuzahlungen befreit
- Herausnahme des Zahnersatzes aus der solidarischen Versicherung. Ab 2005 müssen die Versicherten hierfür einseitig privat aufkommen
- Herausnahme des Krankengeldes aus der solidarischen Versicherung. Ab 2005 müssen die Versicherten dieses alleine mit einem besonderen Pflichtbeitrag finanzieren.

Mit dieser Reform kommt es zu **zahlreichen Härten**:

Die Leistungsausschlüsse bedrohen zahlreiche Kranke, die über die erforderlichen Geldmittel nicht verfügen. Es kann hier zu nach oben offenen Kostenbelastungen kommen, die die gesundheitliche Versorgung nicht mehr sicher stellen.

Bei den Zuzahlungen kommt es insbesondere zu Liquiditätsproblemen von Einkommenschwachen, wenn diese etwa schon im ersten Monat bis zur Belastungsgrenze auflaufen. In diesem Fall wird ca. ein Viertel des Monatseinkommens fällig. Bei fehlenden Rücklagen entstehen existenzielle Probleme. Zwei Beispiele hierfür:

- ◆ *Wie soll z.B. ein Obdachloser von einem Tagessatz von 9,90 € eine Praxisgebühr, Zuzahlungen für Medikamente und Zähne, Vollzahlungen für Brillen, Fahrtkosten, u.a.m. bezahlen?*
- ◆ *Wie soll ein Sozialhilfeempfänger im Krankenhaus mit gekürzter Sozialhilfe von 3 – 5 € am Tag die Zuzahlung von 10 € täglich bezahlen?*
- ◆ *Wie sollen mit 630 € monatlicher Arbeitslosenhilfe Zuzahlungen von 150 € bezahlt werden, wenn diese schon im ersten Monat fällig werden und keine Rücklagen bestehen?*

Mit dieser Reform wird die Gesundheit für sozial Schwache teilweise unbezahlbar. Doch dies hat Auswirkungen auf alle. Wenn Krankheiten verschleppt werden, sind die Kosten höher als die Einsparung. Wenn ansteckende Krankheiten nicht mehr behandelt werden, gefährdet dies alle. Wenn Arme früher sterben müssen, ist dies einfach unerträglich....

Es hätte eine **Alternative** zu diesen harten Einschnitten gegeben: Eine Bürgerversicherung, in die alle nach Leistungskraft aus allen Einkommen – nicht nur den Löhnen – einzahlen, hätte 15 Milliarden € netto gebracht. Genau so viel, wie jetzt bei den Versicherten an Leistung gekürzt wird.

### III d) - Die Rentenreform

Auch die Krise des Rentensystems ist eine langdauernde Geschichte. Bereits Norbert Blüm musste hier immer wieder betonen, dass die Rente sicher ist. Hier kommt die steigende Alterslastigkeit der Deutschen mit dem berühmten demografischen Faktor zum Tragen.

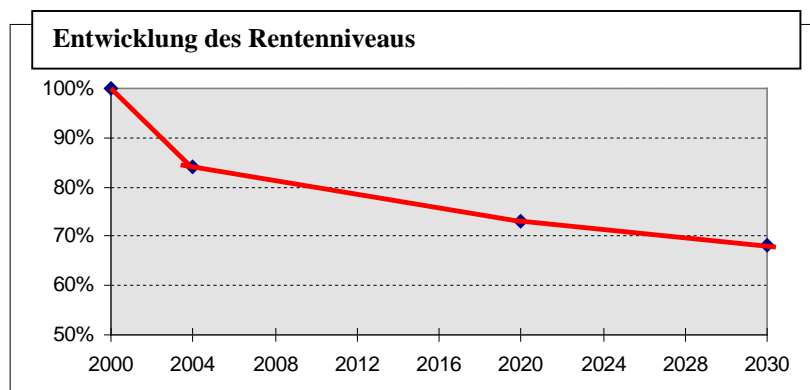
Auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter kommen		
2003	44	Personen über 60 Jahren
2050	78	---- " ----

Dies wäre nach Ansicht von Sozialwissenschaftlern allerdings zu schultern, wenn das starke Produktivitätswachstum mit einbezogen würde. Mitte des 19. Jahrhunderts ernährten 8 Bauern einen Nichtbauern und heute kann 1 Bauer 80 Nichtbauern versorgen. Doch der Produktivitätszuwachs fließt nicht in das Rentensystem, auch hier haben wir ähnliche Strukturprobleme wie bei der Gesundheitsversorgung:

- Lohnkostenfixierung. Mit der Massenarbeitslosigkeit ist dieses Gesamtlohnaufkommen gewaltig gesunken. Höhere Beiträge belasten aber mit den Lohnnebenkosten den Faktor Arbeit zusätzlich
- Beitragsbemessungsgrenzen. Besserverdienende unterliegen nicht der Pflichtversicherung und können in private Versicherungen (mit besserem Leistungsniveau) aussteigen. Das Boot der Gesetzlichen muss die Last der Einkommensschwachen und Arbeitslosen alleine tragen und kommt verständlicherweise ins Schlingern
- Entnahmen zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen. Hier sind ganz wesentlich milliarden schwere Zugriffe zur Finanzierung der deutschen Einheit zu nennen, die einseitig von den Versicherungspflichtigen bezahlt wurden.

Die harte Kur besteht auch hier in Leistungskürzungen zu Lasten der Versicherten. In einer Quadratur des Kreises soll allerdings versucht werden, bis 2030 sowohl die Leistungsabsenkung auf 46 / 43% als auch den Beitragsanstieg auf 22% zu begrenzen. Als Joker bleibt eine Erhöhung des Rentenalters (bei Rürupp 67 Jahre) als Option, über die 2010 entschieden werden soll.

Es kommt bereits seit Jahren zu Senkungen des Rentenniveaus. Nachfolgend die Entwicklung seit 2000 und nach der Prognose der Rentenreform 2004:



Diese Absenkungen können in die Bedürftigkeit führen, zumal die westdeutsche Durchschnittsrente 2002 bei den Männern ca. 960 € und bei den Frauen unter 500 € lag. Die private Zusatzversicherung (Riester u.ä.) greift gerade bei Einkommensschwachen nicht, weil das verfügbare Einkommen fehlt.

Auch hier hätte es eine **Alternative** gegeben: Wenn nicht nur die sinkenden Löhne, sondern auch die steigenden Kapitalerträge in die Rentenkassen einzahlen würden, könnten die Beiträge in gleicher Weise stabilisiert werden. Das Rentenniveau bliebe auf aktuellem Stand erhalten, - ohne die harten Kürzungen und Einschnitte.

#### IV) - Gesamtbewertung

Die Krise der Sozialsysteme ist im Wesentlichen eine Krise der Massenarbeitslosigkeit. Sie wird zu einer gigantischen Umverteilung nach neoliberalen Muster genutzt, bei der gesellschaftliche Risiken auf die Schultern des Einzelnen gelegt werden. Dies kann funktionieren, soweit ausreichendes Einkommen zur Verfügung steht. Bei Einkommensschwachen kommt es zu großen Härten, zumal diese mit solchen Risiken erheblich stärker belastet sind. Dabei werden die Einschnitte von denen gefordert und festgelegt, die kaum den Risiken von Arbeitslosigkeit, Einkommensverlust und krankmachenden Arbeits- und Lebensverhältnissen ausgesetzt sind.

Völlig unberücksichtigt bleiben die arbeitspolitischen Folgen dieser Reformen. So bezahlen die US-Amerikaner die niedrigen Sozialleistungen mit einer achtmal höheren Quote von Gefängnisinsassen, ca. 4% des Sozialprodukts muss dort für Polizei, Strafvollzug, Justiz und Sicherheitsdienste aufgebracht werden. Aus vielen Jahrhunderten und verschiedenen Gesellschaften wissen wir: nichts ist teurer als Armut, denn sie zerstört alles Lebendige.

Die skizzierte Entwicklung ist kein deutsches Problem, alle westlichen Industriestaaten unterliegen diesen Prozessen. Sie versuchen, in einem "**Dumpingwettbewerb**" von niedrigen Zinsen, immer niedrigeren Unternehmenssteuern, Abbau von Sozialleistungen bzw. Kostenverlagerung auf die Versicherten und der Durchsetzung von Billiglöhnen große Unternehmen anzulocken und zu halten.

Der Erfolg ist zweifelhaft: die Verschuldung der öffentlichen Hand erreicht (nicht nur in Deutschland) gigantische Ausmaße, die Kaufkraft und die Binnenmarktnachfrage schrumpft, Verarmungs- und Segregationsprozesse führen zu Unwägbarkeiten bzgl. der Entwicklung von Kriminalitätsquote und sozialem Frieden. Der Abbau von Arbeitsplätzen und die Kapitalflucht setzt sich indessen unvermindert fort. Der Run in Länder mit immer niedrigeren Löhnen lässt die Weltkaufkraft schrumpfen. Es bleibt dabei offen, wer die teuren Hightech-Produkte noch kaufen soll, wenn die zu immer niedrigeren Löhnen Beschäftigten eher Blech zum Abdichten von Dächern oder Fahrräder brauchen.

Der ruinöse und ziellose "Dumpingwettbewerb" auf der Ebene der Kleinstaaten hat im gegebenen politischen Rahmen keine Endmarke. Kein Land kann sich dieser Spirale folgenlos entziehen. Sie bringt jedoch keine Lösung, denn ein Konkurrieren mit den Lohn-, Steuer- und Sozialniveaus der Ukraine und Chinas würde brutalste gesellschaftliche Verwerfung in den Industriestaaten auslösen. Die deutsche Reformpolitik beschränkt sich bislang leider auf solche Lösungsversuche.

Notwendig ist ein **neues Mandat der Politik** über die Wirtschaft. Die soziale Marktwirtschaft Ludwigs Erhardts funktionierte, weil Politik damals noch auf nationaler Ebene Vorgaben setzen konnte. Diese Chance eröffnet der große europäische Wirtschaftsmarkt wieder, auf den kein Konzern verzichten will und kann. Hier können einheitliche Steuer- und Sozialstandards für alle Mitgliedsstaaten verbindlich festgelegt werden. Im Bereich der Währung gelingt dies mit strengen Stufenplänen selbst bei den schwächsten Mitgliedern, in gleicher Weise kann dies auch bei den steuerlichen und sozialen Rahmenbedingungen gelingen. Wir können und müssen unsere mühevoll aufgebauten Standards mit einem Schutzzaun schützen, um sie nicht durch Staaten zum Einsturz zu bringen, die sich jetzt in der Phase der Frühindustrialisierung ohne solche Standards befinden. Bislang zielt die europäische Politik allerdings einseitig auf die Währungspolitik, abgestimmte Außenpolitik und militärische Aktion. Der große Ruck für ein neues politisches Mandat über die Wirtschaft ist dringend gefragt. Er ist entscheidend für das Zusammenleben der Menschen Europas ohne Verarmung und Segregation.

Mit der Fixierung auf das immer kleinere Segment traditioneller Erwerbstätigkeit ist die Massenarbeitslosigkeit nicht zu lösen. Der technologische Fortschritt wird morgen die Produktion mit 80 Beschäftigten ermöglichen, wozu wir heute noch 100 brauchen. Wenn mit immer weniger Menschen immer mehr produziert werden kann, kann eine Wertschöpfungsabgabe aus dieser gigantischen Produktivität notwendige gesellschaftliche Arbeit finanzieren. In den Bereichen Gesundheit, Umwelt, Kinder und Soziales gibt es unendlich viel zu tun. Wenn in den USA die Wirtschaft mit Produktion von Kriegswaffen und Marsprogrammen gepusht wird und Arbeitsplätze entstehen, können hier mit einer großen Investition in viel sinnvollere Bereiche neue Arbeitsbereiche erschlossen werden, die unzähligen Menschen Arbeitsplätze schafft, und zwar zum Nutzen aller.